

SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/30

11. Februar 1972

Kulturpolitik in Bayern

Chancengleichheit kommt unter die Räder.

Von Anton Hochleitner

Vorsitzender des Kulturpolitischen Arbeitskreises der SPD-Landtagsfraktion und Vorsitzender des Kulturpolitischen Ausschusses im Bayerischen Landtag

Seite 1 bis 3 / 104 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Ein schwarzes Kreuz auf roter Fahne (II u. Schluss)

25 Jahre "Ahlener Programm" der CDU: Ein Ziel - und was daraus geworden ist

Seite 4 bis 6 / 144 Zeilen

Sonderbeilage: "Frau und Gesellschaft"

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 406
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 805 843 / 806 847
888 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 68 11

Kulturpolitik in Bayern

Chancengleichheit kommt unter die Räder

Von Anton Hochleitner

Vorsitzender des Kulturpolitischen Arbeitskreises der
SPD-Landtagsfraktion und Vorsitzender des Kulturpolitischen
Ausschusses im Bayerischen Landtag

Die kulturpolitische Landschaft Bayerns bietet wenige Monate nach dem Ende des ersten Jahres der neuen Legislaturperiode alles andere als einen verheißungsvollen An- und Ausblick. Zum Jahresbeginn 1972 wurde Bayern mit Prof. Hans Maier ein neuer Kultusminister mit konservativem Sendungsbewußtsein beschenkt, dessen Tag- und Nachträume offenbar unablässig vom Schreckgespenst eines Heeres radikalisierten, weil beschäftigungsloser Akademiker, heimgesucht werden.

Einschränkung des individuellen Rechts auf Bildung scheint dem Kultusminister Maier daher der Weg zu sein - und seine Sendung -, "etwas nachzuholen, was in der Bewegung zum sozialen Verständnis der Grundrechte - speziell auf dem Bildungssektor - in der letzten Zeit vergessen worden ist". Sein Denken kreist daher, wie seine Interviews zum Jahresende 1971 erneut gezeigt haben, unentwegt um den Gedanken der möglichst früh angesetzten Leistungsproben und LeistungsfILTER. Dabei ist ihm nicht klar zumecken, daß frühe Leistungsschwellen tödlich sein müssen für die angeblich auch von ihm angestrebte Chancengleichheit von Kindern aus Arbeiter- und Bauernfamilien, aus den Familien kleiner Angestellter und Beamter.

Der Leistungsfanatiker auf dem Ministerstuhl nimmt es in Kauf, daß nur die Spitzenbegabungen dieser bildungspolitisch unterprivilegierten Schichten die Leistungssperren überwinden können. Solche Spitzenbegabungen sind als bildungspolitisches Alibi willkommen. Aber breite Bevölkerungsschichten, die mehr wissen als sie praktisch anwenden können, scheinen ihm gefährlich, er sieht sie schon auf den Straßen. Deshalb muß "das Angebot an Bildungsmöglichkeiten mit dem Angebot an beruflicher Nutzung im Gleichgewicht" stehen. Das kann nicht anders verstanden werden als so, daß das Bildungsangebot in Bayern eingeschränkt, zumindest aber nicht mehr weiter ausgebaut werden soll. Kultusminister Maiers Ideal ist

eben nicht ein möglichst gut gebildetes Volk, sondern ein "potimales Verhältnis... zwischen dem Bildungsanspruch des einzelnen und den Bedürfnissen der Gesellschaft". "Bildung ist Gift für das breite Volk" hat Kultusminister Prof. Maier zwar nicht gesagt. Aber wie weit ist er von diesem Gedanken wirklich noch entfernt?

Diese Frage muß deswegen gestellt werden, weil ihre Beantwortung bei der absoluten Mehrheit der CSU über das Schicksal der bayerischen Kulturpolitik der nächsten Jahre entscheidet: Dieses Denken programmierte im vergangenen Jahr Planungsstäbe und Fachbeiräte des Ministeriums und wird uns bald in Form von restriktiven und reaktionären Ministerialentschließungen, Rechtsverordnungen und Gesetzentwürfen begegnen.

Einiges von diesen Programmeingaben ist auch bereits an die Öffentlichkeit gedrungen. Zum Beispiel die Absicht, den Entwurf eines Hochschulgesetzes, den sein Vorgänger Huber eingereicht hatte, so zu überarbeiten, daß die Privilegien der Ordinarien möglichst für alle Zukunft ungeschmälert erhalten bleiben. Der neue Rektor der Universität München, Prof. Lobkowitz, verstand diese Signale. Er ließ das Rektoratskollegium ein Beteiligungsverhältnis von sieben Anteilen Professoren und je einem Anteil Assistenten, Studenten und wissenschaftlich Bediensteten an den Kollegialorganen beschließen. Bei der jetzt bereits spürbaren Resignation demokratischer Reformer an den Universitäten steht uns entweder ein dauerndes explosives Gegenüber von Konservativ-Reaktionären und aktivistischen Radikalen oder der Zusammenbruch aller Reformbestrebungen bevor. Wo hier das kleinere Übel zu suchen ist, läßt sich bei solchen Alternativen kaum noch entscheiden.

Sachkundige munkeln auch davon, daß im Ministerium an einer Verschärfung des Übertrittsverfahrens von den Grundschulen zu den Gymnasien gearbeitet wird. Die Ministerialbürokratie und ihr Minister sehen darin offenbar nicht nur ein "erneuertes Leistungsprinzip", sondern vor allem ein probates Mittel, den Zustrom von Schülern an die Gymnasien und damit den allmählich katastrophale Züge annehmenden Lehrermangel an diesen Schulen einzudämmen. In dieses Bild der beginnenden Abwehr von Übertritten in die Gymnasien an Stelle der bisherigen Bildungswerbung ordnet sich die geradezu leidenschaftliche Ablehnung auch nur von Versuchen mit der integrierten Orientierungsstufe fugenlos ein. Nur noch bewundern aber

kann man die Unverfrorenheit, mit der der Kultusminister eine angebliche Orientierungsstufe, bei der die Schüler bereits den Gymnasien zugeteilt - und also orientiert sind -, als große reformerische Leistung zu verkaufen versucht.

Eine bittere Enttäuschung muß es für den Bayerischen Philologenverband, eine stets zuverlässige Schutz- und Trutzgruppe konservativer Kultusminister, gewesen sein, daß sich Prof. Maier für die endgültige Gestaltung der Lehrerbildung auf ein Modell des schulartübergreifenden Stufenlehrers festlegen ließ. Freilich haben die Gymnasialabteilung des Kultusministeriums, der Philologenverband und die ihnen verbündeten Kräfte der CSU-Fraktion den Kampf um die Erhaltung des Philologenmonopols für die Gymnasien zu keiner Zeit aufgegeben. Nach dem Motto Zeit gewonnen alles gewonnen, versucht der Minister neuerdings entweder die Eingliederung der Päd. Hochschulen in die Universitäten überhaupt aufzuschieben, zumindest aber deren nur formale Eingliederung (durch das Auswechseln des Schildes "PH" gegen das schönere "Fakultät der Universität") schmackhaft zu machen. Ob er dadurch der Zwickmühle des wohlweisen Konflikts mit dem Philologenverband oder dem Bayerischen Lehrerverband (Volkschulen) entgeht, wird sich erst zeigen müssen.

Noch größere Sorge aber dürfte dem bayerischen Kultusminister allmählich die finanzielle Situation machen. In den Haushaltsberatungen des vergangenen Jahres wurden zwar noch einmal erkleckliche Zuwachsraten für den Kultushaushalt festgelegt. Daß es solche Zuwachsraten auch in Zukunft geben wird, ist bei der wachsenden Konkurrenz etwa des Umweltministeriums Streibl, bei dem Profilierungswunsch des Ministerpräsidenten-anwärters Merk und bei der mangelnden parteipolitischen Verankerung des neuen Kultusministers alles andere als gesichert. Manche Formulierung in den Jahresschluß-Interviews des neuen Ministers sieht einer vorbeugenden ideologischen Verbrämung finanzieller Zwänge manchmal verzweifelt ähnlich. Auf diesem Gebiet kann die Öffentlichkeit nach den Erfahrungen des vergangenen Jahres noch bedeutsame Leistungen Prof. Maiers erwarten. Das demokratische Prinzip der Chancengleichheit aber wird unter seiner "Regentschaft" keinen Schritt voran, eher schon unter die Räder kommen.
(-/ex/11.2.1972/zs)

+ * +

Die aktuelle SPD-Pressedienst Dokumentation

Ein schwarzes Kreuz auf roter Fahne (II u. Schluß)

25 Jahre "Ahlener Programm" der CDU:

Ein Ziel - und was daraus geworden ist

"Die überaus kritische Lage, in der sich die Konzerne der Eisen- und Stahlindustrie nach dem Zweiten Weltkrieg befanden, nötigte zu weittragenden Beschlüssen". So heißt es in einer Stellungnahme der Treuhandverwaltung, die von der britischen Kontrollbehörde der Produktions- und Wirtschaftsgruppen Kohle und Stahl eingesetzt worden war, 1954 über die Zeit nach 1945.

In dieser Stellungnahme wird weiter ausgeführt: "Wollte man der Eisen- und Stahlerzeugung wieder einen neuen Start auf einer gesunden Grundlage geben, so boten sich dafür zwei Wege an:

1/ Verkauf oder Liquidation aller nicht zur eisenschaffenden Industrie gehörende Betriebe und Beteiligungen der Konzerne und damit Schaffung einer gesunden Grundlage für die übrigbleibenden Erzeugungsbetriebe.

2/ Herausschälung der Eisen und Stahl erzeugenden Werke aus den Konzernen, die im übrigen einer späteren Dekartellisierung überlassen bleiben.

Nach Lage der Dinge hätte der erste Weg, die "Bereinigung von innen heraus", mehrere Jahre beansprucht. So lange konnte man aber nicht warten, denn die eisenschaffenden Betriebe mußten vordringlich geordnet werden. Die Militärregierung hielt sofortiges Handeln für nötig; ebenso drängten auch die Gewerkschaften darauf, daß endlich etwas geschehe, um die Eisenwirtschaft neu aufzubauen. Man entschloß sich deshalb, die eisenschaffenden Einheiten aus dem Konzernzusammenhang herauszuziehen und in rechtlich selbständige Einheiten neuzugliedern. Das Ziel dieses ersten Teils der Neuordnung der eisenschaffenden Industrie bestand darin, lebensfähige, gesunde, selbständige und von Konzernen unabhängige Betriebe zu schaffen...

Also sprach Adenauer

"Bei dem Neuordnungsplan waren zwei wichtige Festlegungen der britischen Regierungspolitik zu berücksichtigen: daß die Eisen- und Stahlindustrie ihren früheren Eigentümern nicht zurückgegeben werden soll und daß es dem deutschen Volk überlassen bleiben soll, über die endgültige Regelung der Eigentumsverhältnisse der Eisen- und Stahlindustrie zu befinden". Diese Erklärung wurde zuletzt von dem Militärgouverneur der britischen Zone, General Sir Brian Robertson, am 7. April 1948 vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen wiederholt.

Zur gleichen Zeit stellte Dr. Konrad Adenauer, der spätere Bundeskanzler, als Sprecher der CDU wiederholt im Landtag von Nordrhein-Westfalen fest: "Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund auf erfolgen".

Diese antikapitalistischen Ausführungen Adenauers finden sich

Übrigens genau auch in seiner ersten Regierungserklärung nach Übernahme der Kanzlerschaft vom 20. September 1949 vor dem Deutschen Bundestag: "Die sozial- und gesellschaftspolitische Anerkennung der Arbeitnehmerschaft macht eine Neuordnung der Besitzverhältnisse in den Großindustrien notwendig".

Dieses Bekenntnis Adenauer zitiert der "Geschäftsbericht des DGB 1950/51" verständlicherweise mit großer Freude und schreibt anschließend: "Hingewiesen sei auch auf das Ahlener Programm, das für den Kohlebergbau schlechthin wegen seines monopolartigen Charakters und seiner für das gesamte Volk lebenswichtigen Urproduktion die Vergesellschaftung forderte. Auch für die eisenschaffende Großindustrie ist nach diesem Programm (dem Ahlener Programm) der Weg der Vergesellschaftung zu beschreiten".

Selbst Schwerindustrielle wollten ja damals, wenigstens angeblich - die "Neuordnung". So erklärte Generaldirektor Dr. h.c. Carres in einem Schreiben vom 18. Januar 1947 an die damalige Einheitsgewerkschaft in Köln: "...Wir sind der Auffassung, daß eine Neuordnung der eisenschaffenden Industrie erfolgen muß, um den veränderten Zeitverhältnissen zu entsprechen..."

Volk mit falschen Träumen

Die Gewerkschaften aber, damals neben der Besatzungsmacht die stärkste Macht im Staate, sahen primär die Arbeitsplätze in der Wirtschaft. So erklärte Hans Böckler auf dem Außerordentlichen Bundeskongreß des DGB, der im Juni 1948 in Recklinghausen stattfand: Man müsse sich "die Tatsache vor Augen führen, daß Deutschland im Zweiten Weltkrieg, für den es in vollem Umfange von der übrigen Welt verantwortlich gemacht wird, bedingungslos unterlegen... und unser Land militärisch besetzt" sei und daß "jede Besatzungsmacht in ihrem Bereich besondere politische und auch wirtschaftliche Ziele" verfolgte. Während die Sowjets "unter dem Druck eines erschreckend großen und dringenden Wirtschaftsbedarfs im eigenen Lande" handelten und eine "unverständliche Demontagepolitik" betrieben, die "kurzsichtig" und "uehig weise" erschiene, erkläre sich Frankreichs Verhalten im wesentlichen daraus, daß es innerhalb einer Generation zweimal mit Krieg überzogen und besetzt worden sei.

Obwohl England noch glaube, in der Frage der Demontagen "un-nachgiebig" sein zu müssen, vernehmen wir von amerikanischer Seite immer mehr Stimmen, die eine höhere Einsicht erkennen lassen. In Amerika scheint man mehr und mehr erkannt zu haben, daß man nicht einerseits Hilfe zum Wiederaufbau leisten kann, um auf der anderen Seite eine Unmenge von Dingen wegzunehmen, die diesen Wiederaufbau unmöglich machen oder ihn wenigstens in erheblichem Maße ungünstig beeinflussen...

Die Lebenshaltung des deutschen Arbeiterstandes, der die Mehrheit in unserem Volke darstellt, ist in geradezu unerträglicher Weise im Absinken begriffen... Wenn wir uns diesen Notstand, der einen unerträglichen Grad angenommen hat, vergegenwärtigen, so finden wir: es erwächst daraus für jeden einzelnen von uns sowie auch für die Führer der Gesamtheit die Verpflichtung, nichts zu unterlassen, was geeignet ist, uns von diesem unerträglichen Elend zu befreien. Unsere Wirtschaft muß um jeden Preis - koste es, was es wolle - wieder in Gang gesetzt werden... Wir müssen unter allen Umständen über den toten Punkt unseres Wirtschaftslebens hinwegkommen. Wir werden sonst untergehen und aber Millionen unserer

Volksgeossen mit uns".

Diese Worte Böcklers waren Musik in den Ohren der Unternehmer, und es konnte sie auch - oder wenigstens nicht mehr - schrecken, wenn Böckler abschließend sagte: "Wir Gewerkschafter erkennen deutlich, daß wir... im Osten wie im Westen... ausschließlich Objekt sind. Aber im Osten wie im Westen kann man den absoluten Willen haben, zum Subjekt zu werden".

In der Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen, die in 3. Lesung am 5. und 6. Juni 1950 mit 110 Stimmen der CDU und des Zentrums gegen 97 Stimmen der SPD, der FDP und der damals noch dem Landtag angehörenden KPD angenommen wurde, heißt es im Artikel 27: (1) Großbetriebe der Grundstoffindustrie und Unternehmen, die wegen ihrer monopolartigen Stellung besondere Bedeutung haben, sollen in Gemeineigentum überführt werden.

Dr. Kurt Schumacher erklärte auf dem Ersten Parteitag der SPD am 9. Mai 1946 in Hannover: "Wir haben es mit einem Volk zu tun, bei dem ein großer Teil noch nicht in das Stadium der Selbstbesinnung und der inneren Einkehr eingetreten ist. Wir haben es mit einem Volk zu tun, das in seinen Träumen zu einem Teil eigentlich mehr darüber trauert, daß dieser Krieg verloren ging, als daß es darüber trauert, daß dieser Krieg möglich war und geführt wurde".

Vor fünfundzwanzig Jahren stand das schwarze Kreuz auf der roten Fahne, bekannte sich die CDU zur Vergesellschaftung der Schwerindustrie, zur Gemeinwirtschaft an Produktionsmitteln. Das ist lange her, fünfundzwanzig lange Jahre. Und so heißt es in der "CDU-Dokumentation" aus dem Jahre 1969:

"In den Kölner Leitsätzen, in der Neheim-Hüstener Erklärung, im Ahlener Programm des Jahres 1947 wird für "Unternehmungen monopolartigen Charakters" die Vergesellschaftung empfohlen, für den Bergbau insbesondere und für die eisenschaffende Großindustrie. Diese Forderung muß im Zusammenhang mit der damaligen Notzeit beurteilt werden, aus der die Formulierungen der CDU-Politiker der britischen Zone - diese Programme galten bekanntlich ausschließlich für die CDU dieser Besatzungszone - verständlich werden... Die Forderung nach Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien, wie sie im Ahlener Programm genannt wurden, wurde der CDU im Laufe der Jahre immer wieder von Sozialisten und Liberalen vorgehalten. Die CDU ist in der Folgezeit nach dem Ahlener Programm von dieser Forderung abgegangen, weil sie frühzeitig erkannte, daß die Vergesellschaftung nicht das geeignete Mittel war, die Wirtschaft zweckentsprechend zu organisieren".

Kein Neubau von Grund auf

Vor fünfundzwanzig Jahren war das morsche Haus des Kapitalismus nicht von einer deutschen Revolution, sondern von feindlichen Bomben erschlagen. Vor fünfundzwanzig Jahren wollte die CDU die "gemeinwirtschaftliche Ordnung" und dazu "den Weg der Vergesellschaftung beschreiten", denn, so sagte sie, "die Zeit der unumschränkten Herrschaft des Kapitals ist vorbei". Vor fünfundzwanzig Jahren verlangte Konrad Adenauer "eine Neuordnung von Grund auf", forderte Kurt Schumacher den "Neubau des deutschen Staatswesens", aber er sagte auch warnend und vielleicht ahnend: "In den bürgerlichen Strömungen machen sich zuviel Kräfte des Wiederaufbaus geltend".

Diese Strömungen siegten, und es siegte der Bauch über die Erkenntnis. Es erfolgte kein "Neubau von Grund auf" - es wurde das Haus des Kapitalismus aus den Trümmern des Gestern wiederaufgebaut.
(-ex/11.2.1972/ks)

Von Annemarie Renger MdB

Die unter lebhafter Beteiligung und starkem Engagement geführte öffentliche Debatte über die Reform des § 218 ist ein gutes Stück vorangekommen: Am 9. Februar 1972 verabschiedete das Bundeskabinett mit knapper Mehrheit einen Gesetzentwurf, der vom Bundesjustizminister vorgelegt wurde. Gleichzeitig haben Abgeordnete der SPD- und FDP-Bundestagsfraktion einen gemeinsamen Gruppenantrag zur Reform der §§ 218 ff. StGB eingebracht.

Während die Regierungsvorlage auf dem Indikationen-Modell basiert, das dem Schwangerschaftsabbruch in vom Gesetzgeber festgelegten Ausnahmesituationen straffrei stellt und hierfür ein bestimmtes Verfahren zwingend vorschreibt, fällt nach dem Initiativantrag von Abgeordneten aus den Koalitionsparteien die Schwangere die Entscheidung über einen Abbruch nach Beratung mit dem Arzt ihrer Wahl selbst, wenn die Abortion innerhalb von drei Monaten vorgenommen wird.

Im Gegensatz zum viel diskutierten Referentenentwurf des Bundesjustizministeriums, der bekanntlich drei Indikationen vorsah - medizinisch-soziale, genetisch-kindliche und ethische -, ist der vom Bundesjustizminister jetzt vorgelegte Gesetzentwurf um eine wesentliche Indikation erweitert worden: Ein Schwangerschaftsabbruch soll nunmehr auch dann straffrei sein, wenn eine schwerwiegende, unerträgliche soziale Notlage der Frau nicht auf andere Weise als durch einen Schwangerschaftsabbruch abgewendet werden kann. Mit dieser Ergänzung ist Bundesjustizminister Gerhard Jahn - wie auf dem Außerordentlichen Parteitag der SPD angekündigt - der nachdrücklichen Forderung nachgekommen, auch die sozialen Lebensverhältnisse jeder einzelnen Frau zu berücksichtigen.

Dieser erweiterte und zweifellos verbesserte Indikationen-Gesetzentwurf stellt einen großen Fortschritt gegenüber dem heutigen rechtlichen

- 2 -